

Verhaltensweisen, sondern setzt sich für ihre Verwirklichung auch bei seinem Nachbarn ein.

Die Masseninitiative ist damit nicht nur ein wichtiger Faktor zur Intensivierung der Produktion, sondern zugleich auch ein bedeutender Faktor für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise. Über den Kreis der gesellschaftlichen Kräfte, die sich unmittelbar mit der Verwirklichung des sozialistischen Rechts befassen (wie z. B. die Konflikt- und Schiedskommissionen, Verkehrssicherheitsaktive und Schöffenkollektive), macht auf diese Weise jeder einzelne Arbeiter die Durchsetzung des Rechts zu seiner eigenen Sache.

Das Erreichte wird nicht daran gemessen, daß wir heute besser sind als gestern, sondern an den objektiven Erfordernissen des sozialpolitischen Programms, an dem, was Parteibeschlüsse und Gesetze fordern und was der gesellschaftliche Fortschritt gebietet. Deshalb bleiben wir unzufrieden, wenn trotz der positiven Bilanz noch Unfälle, Brände und Havarien oder andere Rechtsverletzungen die Erfolge schmälern. In allen Arbeitskollektiven muß täglich und überall um hohe Sicherheit und Ordnung und um die Senkung von Ausfallzeiten gekämpft werden. Es muß eine solche Atmosphäre geschaffen werden, die es dem einzelnen schwermacht, sich zu einer Pflichtverletzung zu entscheiden. Jedem Werk tätigen muß bewußt werden, daß er zumindest nicht ohne kollektive Kritik davonkommt, wenn er seine Pflichten verletzt.

Wenn wir die Arbeitskollektive bei ihren Bemühungen unterstützen, dann ist zu berücksichtigen, daß die Reife der einzelnen Kollektive einen unterschiedlichen Grad aufweist, daß viele von ihnen sich erst neu zusammenfinden müssen, daß neue Technologien und Aufgaben zu meistern sind. Es geht nicht vordergründig um das weitere Anwachsen der Anzahl dieser Initiativen. Kollektive sollten sich niemals nur formal und administrativ der Bewegung anschließen und den Kampf um die Anerkennung als „Bereich vorbildlicher Ordnung und Sicherheit“ zu einer Pflichtübung degradieren. Die Fragen von Ordnung und Sicherheit dürfen nicht neben den sozialistischen Wettbewerb gestellt werden und nur zu allgemeinen Verpflichtungen führen. Zu allererst geht es darum, den ideologischen Boden zu bereiten, kollektive Diskussionen zu führen und die Ideen der Kollektivmitglieder herauszufordern. Dabei ist es durchaus möglich, den Kampf um die Anerkennung als Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit schrittweise über längere Zeit, etwa zwei oder drei Jahre lang, zu führen.

Die gewachsene gesellschaftliche Aktivität der Kollektive setzt eine qualifiziertere Leitungstätigkeit voraus. Alle Ständigen Kommissionen und staatlichen Organe sollten die Aufnahmefähigkeit für diese großartigen Aktivitäten entwickeln. Sie sollten helfen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Erfahrungen der Besten verallgemeinert und dauerhafte Erfolge erreicht werden.

Die Ständige Kommission hat nach dieser Einschätzung festgestellt, daß die Aktivitäten für Ordnung und Sicherheit fortgesetzt und weiter vertieft werden müssen und daß dieser gesellschaftliche Fortschritt von allen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften gefördert werden muß. Darin sieht auch die Ständige Kommission ihren gesellschaftlichen Auftrag und einen abrechenbaren Beitrag zur Vorbereitung des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Prof. Dr. HILDEGARD BLVHM, Vorsitzende der Ständigen Kommission Ordnung und Sicherheit der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, Hauptstadt der DDR

Ordnung und Sicherheit bei der Modernisierung von Altbauten in Berlin

Auf der Grundlage des Wohnungsbauprogramms der DDR hat 1973 im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg die komplexe Modernisierung begonnen. Dieser Stadtbezirk gehört zu den größten und am dichtesten besiedelten Wohnbezirken in der DDR. Bis 1980 wird das Wohngebiet am Arnimplatz modernisiert und umgestaltet. Dieses Bauprogramm enthält die schwierige Aufgabe, das im Kapitalismus entstandene Mietkasernenmilieu mit den finsternen Hinterhöfen endgültig zu beseitigen und das Wohngebiet so umzugestalten, daß es auf der Grundlage der Gesamtkonzeption für die städtebauliche Entwicklung unserer Hauptstadt den Bedürfnissen der Werk tätigen entspricht.

Zu Beginn der Rekonstruktion und Modernisierung wurde zunächst am 2. Januar 1973 eine Großbaustelle errichtet. Das war mit neuen, komplizierten Aufgaben nicht nur für die ausführenden Betriebe, sondern auch für die staatlichen Organe des Stadtbezirks verbunden. Bereits in den ersten Wochen des Baugeschehens war zu erkennen, daß diese Aufgaben nur auf der Grundlage einer hohen Ordnung und Sicherheit gelöst werden konnten.

Die Staatsanwaltschaft des Stadtbezirks hat die Bauarbeiter und die Organe des Bauwesens bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Ordnung und Sicherheit von Anfang an aktiv unterstützt.

Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit und Rechtspropaganda haben die Staatsanwälte dazu beigetragen, eine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegenüber Rechtsverletzungen zu schaffen.

Als anfänglich Hinweise der Volkspolizei und der Staatsanwaltschaft auf Mängel im Bereich von Ordnung und Sicherheit keine genügende Beachtung fanden, wurde an den Bezirksbaudirektor der Hauptstadt ein staatsanwaltschaftlicher Protest gerichtet, der zur Verbesserung der Ordnung und Sicherheit im Modernisierungskomplex führte. Der Staatsanwalt informiert seitdem die staatlichen Organe des Stadtbezirks regelmäßig, führt gemeinsam mit der Volkspolizei Kurzkontrollen auf der Baustelle durch und wertet in den Arbeitskollektiven die bei Kontrollen festgestellten Umstände aus. Dabei geht er auch auf die im Zusammenhang mit Straftaten festgestellten begünstigenden Bedingungen ein und trägt so dazu bei, daß Rechtsverletzungen vorgebeugt wird.

Diese Aufgaben können nur in koordinierter Zusammenarbeit mit den Baubetrieben, den örtlichen Organen und den gesellschaftlichen Kräften im Stadtbezirk bei klarer Abgrenzung der jeweiligen Verantwortung gelöst werden.

Dabei wird der Grundsatz beachtet, daß die Baubetriebe selbst für Ordnung und Sicherheit verantwortlich sind und die Tätigkeit der Staatsanwälte in diesem Bereich nur unterstützenden Charakter tragen kann.

Zweimal im Jahr werden im Modernisierungsbereich Komplexkontrollen zur Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit und zur Gewährleistung des Schutzes des sozialistischen Eigentums durchgeführt. An diesen Kontrollen beteiligen sich neben der Staatsanwaltschaft Mitarbeiter der Volkspolizei, der Arbeitsschutzinspektion, der Arbeiter-und-Bauem-Inspektion, der Ständigen Kommission für Ordnung und Sicherheit, der Abteilung Inneres des Rates des Stadtbezirks und des Wohnbezirksausschusses der Nationalen Front sowie staatliche Leiter des Generalauftragnehmers. Der ökonomischen Materialverwendung und einer ordnungsgemäßen Materiallagerung wurde bei diesen Kontrollen besondere Beachtung geschenkt, um möglichem Verderb oder Angriffen auf das sozialistische Eigentum vorzubeugen.

Im Ergebnis dieser Kontrollen wurden die jeweils er-